21 Beschlüsse, gefasst von der BAG am 17.09.2024 auf der Bundeskonferenz in Würzburg

| | , 3 | do am 17.00.2024 au der Dundeskomerenz m Warzburg | Adressat*innen |
|------------|---|--|---------------------|
| 1 | | | Bundesregierung; |
| | | | frauenpolitische |
| | | | Sprecher*innen der |
| | | | Bundestagsfraktione |
| | l | | n (der |
| | Antragstellerin | LAG Nordrhein-Westfalen | Bundesregierung) |
| | Antragsgegenstand | Verankerung der Nachhaltigkeitsziele in die Gleichstellungsgesetze | |
| | | Die Bundeserheitsgemeinschaft kommunaler Frauenhüres und Cleichstellungsstellen | |
| | | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | |
| | | fordert die Bundesregierung auf, dahingehend zu wirken, dass das Erreichen der | |
| | | Nachhaltigkeitsziele in die Gleichstellungsgesetze (LGG, BGleiG) aufgenommen wird. | |
| | | Zudem muss festgelegt wer-den, die Gleichstellung von Frauen und Männern als | |
| | Forderung | Querschnittsthema in allen Nachhaltig-keitsstrategien und -konzepten mitzudenken | DMEOE I |
| 2 | Antragstellerin | LAG Saarland | BMFSFJ |
| | | Kinderkranktage vergräßern den Conder Dev Con, Des Cocetz zum Kinderkrankengeld | |
| | Antronomonomotomal | Kinderkranktage vergrößern den Gender Pay Gap. Das Gesetz zum Kinderkrankengeld zwingt Mütter beim Kranken Kind zu bleiben – hindert aber Väter daran. | |
| | Antragsgegenstand | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | |
| | | fordert, dass das Kinderkrankengeld zu 100 Prozent ausgeglichen wird, damit eine | |
| | | gerechte Care-Arbeit erfolgen kann. Nur dann können die Bedürfnisse, | |
| | Forderung | Lebensumstände und Lebenswelten der Familien gerecht berücksichtigt werden. | |
| 3 | Forderung | LAG Niedersachsen | BMFSFJ |
| 3 | Antragstellerin | Abschaffung des Ehegattensplittings zur Überwindung tradierter Geschlechterrollen und | וואים וויים |
| | Antragsgegenstand | Aufgabenverteilung innerhalb von Ehen. | |
| | Antragagegenstanu | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungsstellen | |
| | | fordert den Gesetzgeber zur Abschaffung des Ehegattensplittings auf um damit einer | |
| | | ungleichen Geschlechterökonomie entgegenzuwirken. Der steuerliche Vorteil für | |
| | | Ehepaare hindert Frauen daran, stärker in die bezahlte Erwerbsarbeit einzusteigen, was | |
| | | zu einer finanziellen Abhängigkeit, unbezahlter Pflegearbeit und Altersarmut führen | |
| | Forderung | kann. | |
| 4 | l | TMITT: | Bundesministerium |
| , , | | | für Bildung und |
| | Antragstellerin | LAG Schleswig-Holstein | Forschung (BMBF) |
| | | Freibeträge bei der Bewilligung des Schüler- BAföGs: Berücksichtigung des | 3\ / |
| | | Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende nach § 24b EStG als ungewöhnliche Belastung | |
| | Antragsgegenstand | im Rahmen des § 25 Abs. 6 BAföG. | |
| | | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | |
| | | fordert das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird auf, den | |
| | | Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach dem §24b EstG im Rahmen des §25 Abs. 6 | |
| | | BAföG als ungewöhnliche Belastung zu berücksichtigen und den bisherigen Erlass dazu | |
| | Forderung | (314-42530 HH; 314 -42531/ Februar 2006) aufzuheben. | |
| 5 | Antragstellerin | LAG Hessen | BMFSFJ |
| | | Reformierung des Elterngeldgesetzes in Hinblick auf finanzielle | |
| | Antragsgegenstand | Geschlechtergerechtigkeit, Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungsstellen | |
| | | | |
| | | fordert, das Elterngeldgesetz auf seine Geschlechtergerechtigkeit hin zu prüfen, den Grundbetrag des Elterngeldes in Anlehnung an das Mutterschaftsgeld zu erhöhen, den | |
| | | | |
| | | Bezug des Basiselterngeldes auf zwei Jahre auszudehnen (sofern kein Betreuungsplatz | |
| | Fandamina | zur Verfügung steht) und die Rentenpunkte der beziehenden Person entsprechend | |
| | Forderung | anzupassen. | Bundesministerium |
| 6 | | | für Digitales und |
| | | | Verkehr (BMDV); |
| | | | Bundesministerium |
| | Antragstellerin | LAG Hessen, LAG Bayern, LAG NRW und LAG Baden-Würtemberg | der Justiz (BMJ) |
| | | , | (- :) |
| 1 | | | |
| 1 | | Unterstützung des Leitantrages Top 4.1 "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: | |
| | | Unterstützung des Leitantrages Top 4.1 "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. | |
| | Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato | |
| | Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbür | |
| | Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz | |
| | Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: | |
| | Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der | |
| | Forderung | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. | |
| 7 | Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk | ВМЈ |
| 7 | Forderung | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling | BMJ |
| 7 | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | BMJ |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. | |
| 7 8 | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin | BMJ BMJ; BMFSFJ |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungsstellen | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bu | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf noch in dieser Legislatur die Empfehlung der Sachverständigenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: (Bichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenburos und Gleichstellungstellen fordert die Bun | |
| | Forderung Antragstellerin Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der 34. Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senato Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium der Justiz (BMJ) auf, den Leitantrag "Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten: Gleichberechtigte soziale Teilhabe und Repräsentanz von Frauen sicherstellen" der GFMK umzusetzen. LAG Niedersachsen, LAG Nordrhein-Westfalen, KeinKompliment-Netzwerk Gesetzesinitiative gegen Catcalling Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert, den Tatbestand des Catcalling in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. LAG Berlin Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf noch in dieser Legislatur die Empfehlung der Sachverständigenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und | |

| Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegensta |
|--|
| Antragstellerin Antragsgegenstand Verbessearung der Situation ungewollt Schwangerer fordert: 1. Die gesetzliche Verankerung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizh, die die Regelung des Schwangerschaftsabbrüchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitlnahen Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufmehmen 10 Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegensta |
| Antragstellerin Antragsgegenstand Verbesserung der Situation ungewolft Schwangerer fordert: 1. Die gesetzliche Verankreung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Portpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharzweiterbildung aufnehmen 4. Sehnwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharzweiterbildung aufnehmen Antragsgegenstand Nartagsgegenstand Antragsgegenstand Fordertung in Ziehen vor der Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Antragsgegenstand Fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Losung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stätkrungsgesetz (Er eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitzeil "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unserz Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Auffur 21.5.2024) Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragstellerin Antrags |
| Antragsgegenstand Verbesserung der Situation ungewollt Schwangerer fordert: 1. Die gesetzliche Verankerung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Forderung Forderung Antragstellerin LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßigs Statiskinen zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Statkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetsette des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzer Auffurf 21.5.2024) Antragsgegenstand Antrags |
| fordert: 1. Die gesetzliche Verankerung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahmer: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufmehmen 10 Antragstellerin 11 LAG Nordribein-Westfalen und LAG Saarland 12 Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Heibammen, um diese Versorgung sicherzustellen 13 Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt* (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankehnausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzler Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin 2. Antragstellerin der LAG Schleswig-Holstein 3. Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung 4. Geben-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein 4. Eine Aufruf 21.5.2024) 4. LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein 5. Bundesgesetzliche Heren beitzung und kanne |
| fordert: 1. Die gesetzliche Verankerung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 4. Antragstellerin LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblemmätik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt* (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankehnausversorgungsverbesserungsgesetzez (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzler Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut unf " auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzliche Weiterentikkötung u |
| 1. Die gesetzliche Verankerung selbstbestimmter Abbrüche außerhalb des StGB im Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruche unmittelbar betreffen (Ausnahmer. die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeltnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin 11 LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Enthurffes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt (Fassung vom 13. 7. 2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unser-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5. 2024) 11 Antragstellerin 1AG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein 1Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XIII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. 2. Zusätzlich wird die Weiterentwikkdung und der Ausbaba von für alle zugänglicher Verhütungsberatung ge |
| Schwangerschaftskonfliktgesetz 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungsflicht) 3. Sicherung von stattonären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeltnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin 1AG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Klnikken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetselte des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Forderung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütungs die Sozialgesetzbicher II. III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Men |
| 2. Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeltnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin IAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehrung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes 1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenher versorgung in Reiniken verbessern 3. Eine Neubewertung der Abrechungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmaßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitziel "Gesundheit rund un die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzler Aufruf 21.5.2024) 1. Antragstellerin Gordert die Bundesregierung ernut unf "auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes birko – Beratung, Information und Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung vor erne verhütung, die Sozialgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzliche Reit, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für arztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusät |
| Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufinehmen 10 Antragstellerin LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Antragsgegenstand Antragsgegen |
| Schwangerschaftsabbruchs unmittelbar betreffen (Ausnahme: die Möglichkeit einer Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruchs als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin 10 Antragstellerin 11 Antragstellerin 12 Antragsgegenstand 13 Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes 1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11 Yusere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzler Auffuf 21.5.2024) 11 Antragstellerin 11 Antragstellerin 12 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgestzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung 13 Ein Gerbertsperingen erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung 13 Ein Gerbertsperingen erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Ferbütung die Sozialgesetzbücher Reine und reparken und repraduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständi |
| Beratungspflicht) 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetselte des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufrig 21.5.2024) Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundessestzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung Antragsgegenstand von Geratung in Information und Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung Fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes bisch – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung der Geratung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung hirer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zustä |
| 3. Sicherung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbruche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen I. Ach Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspausuchalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilffe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverhandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin Antragstellerin Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme ev no Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien zuf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| zeitnahen Schwangerschaftsabbruchs 4. Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharztweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fördert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine anchhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Staltstiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammerverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Köstenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Köstenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kösten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen merden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung hrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG freten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der Kostenfferie Zuga |
| 4. Schwangerschaftsabbrüche als verpflichtendes Thema im Medizinstudium und in die Facharzweiterbildung aufnehmen 10 Antragstellerin 10 LAG Nordrhein-Westfalen und LAG Saarland Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshilfe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen 10 Fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes 1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt" (Fasusung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziel-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragsgegenstand Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprischerinnen der BAG freten hierzu in K |
| Forderung Facharztweiterbildung aufnehmen BMG |
| Antragstellerin Antragsgegenstand Antragsgegensta |
| Antragsgegenstand Ausreichende Versorgung für Familien bei der Geburtshiffe und bessere Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Auffrd 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugänglicher Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung und Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung der Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundesseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| Antragsgegenstand Rahmenbedingungen für Hebammen, um diese Versorgung sicherzustellen fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel, Gesundheit rund um die Geburt' (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Porderung Forderung Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XIII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| fordert, in Anlehnung an die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes1: 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung 11 Antragsgegenstand Fürschen und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 1. Arbeitsbedingungen in Kliniken verbessern 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) 11. Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung 11 Antragsgegenstand Fürschen und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 2. Neue Versorgungsformen und ambulante Hebammenhilfe 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 111 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung Fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes bliko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher III, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 3. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen für die Geburtshilfen 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 4. Eine nachhaltige Lösung der Haftpflichtproblematik 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein BMG; BMFS Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 5. Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 6. Ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz für eine bessere Versorgung 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Würtemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. |
| 7. Anpassung des Entwurfes des Aktionsplans der Bundesregierung zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung Den Verhütungsberatung von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung des Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| sundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" (Fassung vom 13.7.2023) 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| 8. Anpassungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) 11 Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfriee Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| *1: Unsere Ziele – unsere Forderungen, Internetseite des Deutschen Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Hebammenverbandes: https://www.unsere-hebam-men.de/themen/ziele-forderungen/ (letzter Aufruf 21.5.2024) Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Antragstellerin |
| Antragstellerin LAG Baden-Württemberg und der LAG Schleswig-Holstein Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln und Ausbau von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung beranderen der die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG ferten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Antragsgegenstand von, für alle zugängliche, Verhütungsberatung fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| fordert die Bundesregierung erneut auf, auf Basis der Ergebnisse des Modellprojektes biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung, die Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Sozialgesetzbücher II, III und XII dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| verordnete Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen, die das 22. Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Lebensjahr vollendet haben, vom Staat übernommen werden. Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Zusätzlich wird die Weiterentwicklung und der Ausbau von für alle zugänglicher Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Verhütungsberatung gefordert, um so Menschen in der Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| und reproduktiven Rechte zu stärken. Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Die Bundessprecherinnen der BAG treten hierzu in Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Bundesministerien. Ziel ist der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| mit geringen Einkommen. Die BAG fordert die zuständigen Bundesministerien auf, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| Forderung bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen. BMFSFJ; |
| 13 BMFSFJ; |
| |
| Antragetallarin II AG Berlin und LAG Hassen |
| |
| In Umsetzung der Istanbul-Konvention mit dem Gewalthilfegesetz |
| Antragsgegenstand geschlechtsspezifische Gewalt zügig und wirkungsvoll bekämpfen |
| Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen |
| fordert das BMFSFJ und die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten |
| Gewalthilfegesetz die Istanbul-Konvention wie im Koalitionsvertrag vereinbart |
| konsequent und wirksam umzusetzen: Mit einem Rechtsanspruch auf Schutz vor |
| Gewalt. |
| Um diesen flächendeckend, in Ballungszentren ebenso wie in ländlichen Regionen, zu |
| verwirklichen, wird die Bundesregierung zur Formulierung verbindlicher und messbarer |
| Bundesweite Mindeststandards zur Versorgungsdichte und -kapazität von Schutz- und |
| Beratungsangeboten |
| |
| Bundesweite Mindeststandards zur Versorgungsqualität von Schutz- und Beratungspracheten (Mindeststandards für personalle Ausstattung, Erreichberkeit) |
| Beratungsangeboten (Mindeststandards für personelle Ausstattung, Erreichbarkeit) |
| aufgerufen. |
| TEN |
| Ebenso muss das Gewalthilfegesetz von einer kostendeckenden Finanzierungsstrategie |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder zu delegieren. |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder zu delegieren. 14 Antragstellerin LAG Bayern BMFSFJ |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder zu delegieren. 14 Antragstellerin LAG Bayern BMFSFJ In der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wird in Art. 6 anerkannt, dass Frauen |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder zu delegieren. 14 Antragstellerin LAG Bayern BMFSFJ In der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wird in Art. 6 anerkannt, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind und |
| der Bundesregierung begleitet werden, anstatt die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahmen nach dem Gewalthilfegesetz ausschließlich an die Länder zu delegieren. Antragstellerin |

| 45 | Forderung | Gewaltschutzstudien haben gezeigt, dass Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen, dem Risiko ausgesetzt sind, im Laufe ihres Lebens Gewalt und Missbrauch zu erfahren. Mehr als zwei Drittel der intellektuell beeinträchtigten Frauen, die in Einrichtungen leben, sind oder waren von Gewalt betroffen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert Bund, Länder und Kommunen auf, in Umsetzung von Art. 16 UN-BRK (Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch) wirksame Strategien zum Gewaltschutz zu entwickeln und die unabhängige, externe Überwachung des Gewaltschutzes in Einrichtungen und ein unabhängiges Beschwerdemanagement sicher zu stellen. | BMFSFJ: |
|----|---|---|--|
| 15 | | | Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und |
| | Antragstellerin | LAG Bayern Proaktive, aufsuchende Krisenintervention und Beratung für Kinder nach Vorfällen von | (StMAS) |
| | Antragsgegenstand | Partnerschaftsgewalt | |
| | Fordering | Beratungsangebot der Fachberatungsstellen für Täter und Täterinnen und die Betroffenen das Angebot einer aufsuchenden Beratung durch die Interventionsstellen. Aktuell zeigt sich nach Einschätzung von Gleichstellungsbeauftragten und Mitgliedern der "Runden Tische gegen Häusliche Gewalt" eine Versorgungslücke bei der unmittelbaren Krisen-Intervention für (mit)betroffene Kinder. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das StMAS und das BMFSFJ auf, diese Bedarfslücke zu schließen durch ein wohnortnahes, flächendeckendes Interventionsangebot für (mit-)betroffene Kinder bei Partnerschaftsgewalt. Die Verpflichtung ergibt sich u.a. durch die sog. Istanbul-Konvention (Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt), insbesondere Artikel 26: "Schutz und Unterstützung für Zeuginnen und Zeugen, die Kinder sind: Bereitstellung von Schutz- und Hilfsdiensten für Opfer unter Beachtung der | |
| 16 | Forderung | Rechte und Bedürfnisse von Kindern". | Gemeinsamer |
| 10 | Antragstellerin | LAG Berlin | Bundesausschuss (Berlin) |
| | Antragsgegenstand | Ärzt*innen, die von FGM/C betroffene Frauen behandeln, bei der Modernisierung des damit verbundenen Abrechnungssystems unterstützen! Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert den Gemeinsame Bundesausschuss auf, sich auf gesetzgeberischer Ebene für | |
| | Forderung | eine angemessene Abrechnungslösung für die Behandlung FGM/C-betroffener Frauen in Deutschland einzusetzen. | |
| 17 | Antragstellerin | LAG Niedersachsen | BMFSFJ |
| | Antragsgegenstand Forderung | Finanzierung Hilfetelefon "Gewalt an Männern" Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert das Bundesministerium für Familie, Frauen, Kindern und Jugend (BMFSFJ) auf, das "Hilfetelefon Gewalt an Männern zur Unterstützung von Gewalt betroffenen Männern" bundesweit finanziell zu fördern. | |
| 18 | Antragstellerin | LAG Berlin | Bundesregierung |
| 19 | Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Schutz von Frauen vor Deepfakes Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert von der Bundesregierung: In den vergangenen Jahren gab es einen alarmierenden Anstieg von Deepfakes im Internet. Studien zufolge beziehen sich 96 Prozent der Deepfakes auf pornographische Inhalte. Deepfakes sind täuschend echt wirkende, manipulierte Bild-, Audio- oder auch Videoaufnahmen. Sie werden mit Hilfe von künstlicher Intelligenz erzeugt. Deepfakes und KI-generierte Verletzungen des Persönlichkeitsrechts müssen gesondert im Strafrecht aufgeführt werden und Täter konsequent bestraft werden. Sowohl die Prävention, als auch die Strafverfolgung seitens der Polizei und Justiz muss gestärkt und ausgeweitet werden, wenn es um den Schutz von Frauen im digitalen Raum geht. Ein Maßnahmenplan bei sexualisierter Gewalt im Netz ist hierfür dringend notwendig. Deepfakes und Gewalt gegen Frauen im Internet müssen in der Umsetzung der Istanbul Konvention auf Bundesebene gesondert aufgeführt werden und das Thema Hass im Netz muss eine gesamtgesellschaftliche und länderübergreifende Aufgabe sein! | BMFSFJ |
| 19 | Antragstellerin | Als Beitrag zur Istanbul-Konvention soll ein einheitliches Konzept in Deutschland zum | BIVIFSFJ |
| | | Thema Sicherheit im Nachtleben umgesetzt werden: "nachtsam. Mit Sicherheit besser feiern" aus Baden-Württemberg. | |
| | Antragsgegenstand | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert den Gesetzgeber auf, das Projekt "nachtsam. Mit Sicherheit besser feiern" vom Bundesland Baden-Württemberg auf Gesamt-Deutschland zu übertragen, um durch eine erhöhte Sicherheit im Nachtleben die Istanbul-Konvention weiter umzusetzen und einen einheitlichen Standard zur Sicherheit im Nachtleben in Deutschland zu gestalten. | |
| | | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert den Gesetzgeber auf, das Projekt "nachtsam. Mit Sicherheit besser feiern" vom Bundesland Baden-Württemberg auf Gesamt-Deutschland zu übertragen, um durch eine erhöhte Sicherheit im Nachtleben die Istanbul-Konvention weiter umzusetzen und einen einheitlichen Standard zur Sicherheit im Nachtleben in Deutschland zu gestalten. Bereits bestehende Strukturen oder Projekte wie z.B. "Luisa ist hier!" sollen durch die | |
| 23 | Antragsgegenstand Forderung Antragstellerin | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert den Gesetzgeber auf, das Projekt "nachtsam. Mit Sicherheit besser feiern" vom Bundesland Baden-Württemberg auf Gesamt-Deutschland zu übertragen, um durch eine erhöhte Sicherheit im Nachtleben die Istanbul-Konvention weiter umzusetzen und einen einheitlichen Standard zur Sicherheit im Nachtleben in Deutschland zu gestalten. | BMJ; BMFSFJ; BMG |

| | | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | |
|----|-------------------|---|-------------|
| | | fordert die Bundesregierung auf noch in dieser Legislatur und nach dem Vorbild | |
| | Forderung | Österreichs, Gender Budgeting im Bundesrecht zu verankern. | |
| 24 | Antragstellerin | LAG Berlin | BMJ; BMFSFJ |
| | Antragsgegenstand | Einführung eines Gleichstellungsgesetzes in der Privatwirtschaft | |
| | | Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen | |
| | | fordert die Einführung und Umsetzung eines Gleichstellungsgesetz in der | |
| | Forderung | Privatwirtschaft. | |
| 25 | Antragstellerin | LAG Saarland | BMJ |
| | Antragsgegenstand | Antrag zur Verbesserung des Schutzes von Opfern häuslicher Gewalt und Stalking | |
| | | Die BAG fordert den Bundesjustizminister auf, die elektronische Fulstessel zum Schutz | |
| | | vor Straftätern und Straftäterinnen bundesweit einzuführen und die einzelnen | |
| | | Bundesländer durch eine zentrale Überwachungsinstitution zu unterstützen. | |
| | | Besonders wenn ein Näherungsverbot ausgesprochen wurde, sollten die Opfer von | |
| | | Stalking, häuslicher Gewalt und anderen gefährdeten Personen ein besserer Schutz | |
| | Forderung | zukommen. | |